lungen kann das Buch nicht mehr eingehen (zur Diskussion betreffend die gesetzlichen Neuregelungen vgl. z.B. Bodenbenner/Heinemann, NVwZ 2010, 679 ff.).

Die Ausarbeitung besteht aus drei Teilen. Der erste Teil stellt eine Einleitung dar, die neben einer kurzen Vorstellung von BVerfGE 120, 378 ff. Ausführungen zum Verhältnis der Freiheit zur Sicherheit enthält. Hierbei fallen Ungenauigkeiten auf. So lässt sich nicht ausschließen, dass die Verfasserin den Begriff der Freiheit uneinheitlich verwendet (vgl. Teil 1 Kap. A: Anleihen bei Art. 29 EU-Vertrag, Teil 1 Kap. C: Bezugnahme auf die verfassungsmäßige Ordnung des Grundgesetzes). Hinsichtlich der Sicherheit werden mehrere Definitionen erörtert, die Verfasserin legt sich aber letztlich nicht auf einen bestimmten Sicherheitsbegriff fest, den sie in der Folge ihren Ausführungen zugrunde legen will (Kap. D). Im Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit hätte durchaus auch darauf hingewiesen werden können, dass es nicht nur Freiheit durch Sicherheit, sondern auch Sicherheit durch Freiheit geben kann. Diese Ausführungen des Teils 1 stehen überdies weitgehend zusammenhanglos neben den Untersuchungen des 2. und 3. Teils, in dem Art. 33 BayPAG vorgestellt und anschließend verfassungsrechtlich beurteilt wird.

Kern des Untersuchungsgegenstands ist also die Befugnisnorm des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes zum Einsatz automatisierter Erkennungssysteme für Kfz-Kennzeichen (Art. 33 Abs. 2-5 BayPAG). Anders als die nicht rechtskräftige Entscheidung des VG München vom 23.09.2009 (DuD 2010, 55 ff.) kommt die Verfasserin mit durchaus nachvollziehbaren Begründungen zu dem Ergebnis, dass Art. 33 BayPAG nicht im vollen Umfang mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG und der Rechtsweggarantie aus Art. 19 Abs. 4 GG vereinbar sei. Sie begründet dies vor Allem mit dem Umstand, dass Art. 33 Abs. 2 Satz 2 BayPAG bereits wegen fehlender Gesetzgebungskompetenz des Landes verfassungswidrig sei (vgl. S. 187 ff., insbesondere 201 ff.). Überdies hält sie Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und Art. 38 Abs. 2 Satz 2 sowie S. 3 im Falle des Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 BayPAG für zu unbestimmt bzw. unklar (vgl. S. 212 ff.). Angesichts der polizeigesetzlichen Regelungen anderer Bundesländer, die für den Regelfall eine offene automatisierte Kennzeichenerfassung vorsehen, ist allerdings die Annahme der Verfasserin zweifelhaft, die generelle Heimlichkeit der Maßnahme sei erforderlich im verfassungsrechtlichen Sinne (vgl. S. 260-262, S. 267, ausführlich dazu Petri in Denninger/Lisken, Handbuch des Polizeirechts, 5. Aufl., i.Ersch, Kapitel H Rn. 572). Jedenfalls wird die verdeckte Maßnahme vertretbar als unverhältnismäßig angesehen (S. 268 ff.). Die rechtlichen Ausführungen sind gut nachvollziehbar, auch wenn die Regelung in der polizeiseiti-

gen Fachliteratur teilweise anders beurteilt werden mag (vgl. z.B. Berner/Köhler/Käss, Polizeiaufgabengesetz, 20. Aufl. 2010, Art. 33 Rn. 13 ff.).

Fazit: Teil 1 hätte gestrichen werden können. Die beiden übrigen Teile jedoch stellen eine interessante verfassungsrechtliche Analyse der bayerischen Rechtsgrundlage zur automatisierten Kennzeichenerfassung dar.

Jochen Brandt

Bausewein, Christoph: Legitimationswirkung von Einwilligung und Betriebsvereinbarung im Beschäftigtendatenschutz, Oldenburger Verlag für Wirtschaft, Informatik und Recht, 253 Seiten, Preis: 49,80 €

Eine Dissertation, die sich für den Praktiker zu lesen lohnt, ist eher selten. Und noch geringeren praktischen Nutzen verspricht solch eine Dissertation, wenn sie sich mit Themen beschäftigt, die seit Jahren in der Literatur umstritten sind. Aber es gibt Ausnahmen. Das hier besprochene Buch gehört zu diesen weißen Raben. Vor allem liegt es daran, dass der Titel des Buches viel zu wenig verspricht. Grundsätzlich geht es in dieser Abhandlung schon um die Legitimationswirkung von Einwilligung und Betriebsvereinbarung. Wer zu diesem Thema recherchieren will, wird mit diesem Buch eine sehr gute Darstellung und Zusammenfassung der bestehenden Diskussion finden. Erfreulicherweise behandelt diese Abhandlung nicht nur den Stand der Literatur und Rechtsprechung, es wird auch auf die Standpunkte der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz Bezug genommen. Insofern findet sich hier der Praktiker mit seinen Interessen wieder.

Interessanter dürfte aber das Drumherum sein. So wird im Kapitel 2: „Rechtsquellen des Beschäftigtendatenschutzes“ ein Überblick über die Rechtslage geboten. Hier kann auch der juristisch interessierte Laie die Argumentation zum Beschäftigtendatenschutz im Zusammenhang nachvollziehen. Auch im 3. Kapitel: „Reichweite des Beschäftigtendatenschutzes“ beschränken sich die Ausführungen nicht nur auf Betriebsvereinbarung und Einwilligung. Es werden alternativ auch andere mögliche Rechtsgrundlagen beurteilt, sodass eine Gesamtübersicht über einzelne durchaus praxisrelevante Anwendungen vorliegt. Als Beispiele seien die Themenbereiche: Internetrecherche über Bewerber, medizinische Einstellungsuntersuchungen, Gesundheitsmonitoring am Arbeitsplatz und Skilldatenbanken genannt. Auch hier erschließt sich die juristische Argumentation nicht nur dem Spezialisten. Natürlich ist dieses Werk kein Lehrbuch, trotzdem macht es zahlreiche juristische Grundprobleme des Beschäftigtendatenschutzes verständlicher.